

China standen neben Gesprächen über die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ein Ausbau der Kooperation in der Terrorbekämpfung. Hu Jintao sagte bei ihrem Treffen in Beijing, China werde gemeinsam mit Pakistan gegen „drei Kräfte“ in der Region kämpfen: Gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus. Hu würdigte die Maßnahmen, welche die pakistanische Regierung zum Schutz der Sicherheit chinesischer Einrichtungen und Personen in Pakistan ergriffen habe. Hintergrund ist die Geiselnahme mit tödlichem Ausgang zweier chinesischer Ingenieure durch islamische Extremisten in Pakistan im Oktober 2004 (vgl. C.a., 2004/10, Ü 11). Während seines Besuchs machte Aziz offiziell bekannt, dass Pakistan China als Marktwirtschaft anerkennen werde; China bot im Gegenzug 150 Mio US\$ Finanzierungshilfe für den Bau eines Atomkraftwerks an. Im kommenden Monat wird eine Delegation des pakistanischen Verteidigungsministers in Beijing erwartet, die Verhandlungen über die gemeinsame Entwicklung von Waffen für Luft- und Seestreitkräfte führen will. (XNA, 16.12.04; ST, 17.12.04; *The News* online, Islamabad, nach BBC PF, 23.12.04) -mb-

---

## Innenpolitik

---

### 9 Reformen im Justizsystem geplant

In einer Rede anlässlich einer Sitzung der Präsidenten der Provinzgerichte vom 16. bis 18. Dezember in Beijing wies der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, Xiao Yang, auf die derzeitigen besonderen Herausforderungen an die chinesische Gerichtsbarkeit hin. Es müsse mit „starker Hand“ gegen Finanzbetrug und Wirtschaftskriminalität, Verletzung der Eigentumsrechte, den Verstoß gegen die Menschenrechte im Justizwesen und Amtsmissbrauch vorgegangen werden. Angesichts des Transformationsprozesses, in dem sich die VR zum gegenwärtigen Zeitpunkt befinde, sei die Zahl der Prozesse, die sich mit der Reform der Staatsunternehmen, den

ausstehenden Lohnauszahlungen, der illegalen Landnutzung und den Einbruchsdiebstählen beschäftigen, dramatisch angestiegen. Reformen im Gerichtswesen seien daher unerlässlich.

Im Laufe des Dezembers berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua über mehrere geplante Reformen im Justizwesen. So werde das Justizministerium ab Mai 2005 Geschworenenverhandlungen fest etablieren und die Auswahlkriterien für Geschworene verändern. Daneben soll die Zahl der Richter um 10% erhöht werden. Diese Maßnahmen dienen nach Angaben des Obersten Volksgerichtshofes dazu, die Anpassungsfähigkeit der Gerichte an die neuen Anforderungen zu verbessern, welche sich aus der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Der Vorwurf, der chinesischen Gerichtsbarkeit fehle es an Unabhängigkeit, soll auf diese Weise ebenso entkräftet werden.

Im derzeitigen Rechtssystem wird insbesondere den Richtern fehlende Unabhängigkeit vorgeworfen. Dies begründet sich darauf, dass sie nahezu ausnahmslos Mitglieder der KPCh sind, zu jeder Zeit ihres Amtes enthoben werden können und ihr Gehalt von den Lokalregierungen beziehen. KP-Organen können demnach Einfluss auf politisch sensible und wirtschaftlich bedeutende Entscheidungen nehmen. Darüber hinaus wird dem Gerichtspersonal von Rechtsexperten mangelnde Qualifikation vorgeworfen, zumal nur ein geringer Prozentsatz ein Jurastudium absolviert hat. Der grassierende Lokalprotektionismus und Korruption tragen ebenso dazu bei, dass das Ansehen der Richter nur sehr gering ist.

Geschworene wurden bislang großteils nach Empfehlung durch Lokalautoritäten eingestellt und übernahmen oftmals eine reine Statistenrolle. Derzeit sind ca. 24.000 Geschworene an chinesischen Gerichten tätig. Hinsichtlich der Geschworenenverhandlungen sieht die Gerichtsreform daher vor, dass Geschworene für eine einmalige Amtszeit von fünf Jahren gewählt und durch den lokalen Ständigen Ausschuss des Volkskongresses ernannt werden. Wahlberechtigt sind lokale Gerichte und die zugehörigen Verwaltungsabteilungen. Die ersten Wahlen werden bereits im Januar und Februar

2005 stattfinden, danach schließt sich eine zweimonatige Zusatzausbildung an. Als Voraussetzung für eine solche Ausbildung werden ein Mindestalter von 23 Jahren und ein Hochschulstudium von mindestens zwei Jahren verlangt, wobei diejenigen Bewerber mit juristischen Vorkenntnissen bevorzugt werden sollen. An internationalen Standards angelehnt bestehen die Aufgaben der Geschworenen in der Prüfung der Beweisaufnahme, dem Beiwohnen bei der Zeugenvernehmung und der argumentativen Beweisführung durch die Rechtsbeistände aller Parteien.

Die geplante Reform des Geschworensystems, das in der VR China bereits in den 1950ern eingeführt wurde, könnte dazu beitragen, die Willkür in der chinesischen Rechtsprechung einzudämmen. Obgleich dem Richter die alleinige Befugnis zur Urteilsfällung weiterhin zugesprochen wird, soll den Geschworenen eine aktivere Rolle im Verfahren zukommen, indem sie beispielsweise Kritik am gefällten Urteil üben können.

In einem weiteren Reformentwurf sollen Experten für Sachverständigenaussagen vor Gericht unabhängige Zivilangestellte werden. Bislang waren sie z.B. den Rechtsabteilungen zugeordnet, sodass wegen der häufig engen Beziehung zwischen Sachverständigen und Gerichtspersonal oftmals keine unabhängige Beurteilung des Rechtsstreits vorgenommen werden konnte. (WSJ, 20.12.04; SCMP, 20., 21.12.04; XNA, 18., 20., 25.12.04; ST, 22.12.04; CD, 21.12.04; BBC News Asia-Pacific online, 21.12.04) -kw-

### 10 Geplantes Antisessionsgesetz sorgt für neue Spannungen mit Taiwan

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) verabschiedete während seiner fünftägigen Sitzung vom 25. bis 29. Dezember in der Hauptstadt Beijing die Vorlage eines Gesetzesentwurfs gegen Sezession (*Fan fenlie guojia fa*), nachdem schon seit längerer Zeit über ein derartiges Vorgehen spekuliert worden war.

Der Gesetzestext, der sich vornehmlich gegen eine Abspaltung der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan richtet und nicht wie zunächst befürchtet

auch gegen die der Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau, wird der dritten Plenarsitzung des X. NVK am 5. März 2005 zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt werden und soll am 1. April 2005 in Kraft treten. Zwar berichtete die Parteizeitung *Renmin Ribao* mehrmals auf ihrer Titelseite über das Antisessionsgesetz, über seinen genauen Wortlaut ist jedoch bislang nichts bekannt.

Damit setzte die Zentralregierung nun ihre langjährigen Pläne in die Tat um, wenn sie auch bislang nicht von einem Antisessionsgesetz, sondern von einem Wiedervereinigungsgesetz gesprochen hatte. Bereits im Mai 2004 erklärte ein Sprecher des Büros für Taiwanangelegenheiten (Taiwan Affairs Office) des Staatsrats, dass die Zentralregierung legale Mittel zur Wiedervereinigung des Landes in Betracht ziehe. Vorarbeiten zu einem „Nationalen Wiedervereinigungsgesetz“ sollen demnach schon vor Monaten begonnen haben. Mitarbeiter des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz berichteten im Mai sogar, dass schon im Jahr 2000 ein solcher Vorschlag existierte. Aufgrund der Sensibilität des Themas waren derartige Pläne allerdings wieder zurückgestellt worden (vgl. C.a., 2004/5, Ü 11).

Wie Rechtsexperten aus der Volksrepublik erklärten, gehe es der Zentralregierung derzeit nicht um die Wiedervereinigung beider Territorien, weil dies ohnehin ein langfristiger Prozess sei. Vielmehr bezwecke die parteistaatliche Führung mit dem Antisessionsgesetz, den aktuellen Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans Einhalt zu gebieten. Gerade das provokante Auftreten von so genannten „Hardliner-Separatisten“ wie dem taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian verstärkte augenscheinlich derartige Bemühungen. Erst im März d.J. hatte der Präsident mit seinem Referendum gegen die militärische Bedrohung durch China einen Vorstoß in Richtung einer zukünftigen Souveränität Taiwans unternommen; war damit allerdings sowohl bei seiner eigenen Bevölkerung als auch international gescheitert (vgl. Hans-Wilm Schütte, „Demokratie im Krebsgang? Attentat, Präsidentenwahl und 'Referendum' 2004“, in: C.a., 2004/3, S.275-285). Nicht nur seine Wiederwahl, sondern

auch das zur Abstimmung stehende Referendum hatte bei der Beijinger Führung große Aufregung verursacht (vgl. C.a., 2004/3, Ü 1).

Wu Bangguo, Mitglied des Politbüros, bezeichnete den nun verabschiedeten Gesetzesentwurf als im höchsten Maße notwendig und zeitgemäß. Damit könne gegen taiwanesischen Separatisten angegangen, die friedliche Wiedervereinigung mit dem „Mutterland“ vorangetrieben, Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße bewahrt und Chinas Souveränität und territoriale Integrität sowie die fundamentalen Interessen der chinesischen Nation gewahrt werden.

Der Rat für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council) in Taibei warnte die Zentralregierung in Beijing unterdessen davor, das Gesetz in Kraft treten zu lassen. Es würde sowohl die Gefühle des taiwanesischen Volkes verletzen als auch Taiwan dazu zwingen, sich weiter vom Festland abzugrenzen. Diese Gesetzesvorlage sei nur ein Versuch der chinesischen Kommunisten, eine Entschuldigung für eine zukünftige Invasion in Taiwan und eine Veränderung des Status quo in der Taiwan-Straße zu finden, so der Vorsitzende des Rates, Joseph Wu Jau-shieh.

Abzuwarten bleibt, ob dem Antisessionsgesetz ein Wiedervereinigungsgesetz folgen wird, welches umfassendere Schritte in Richtung einer friedlichen Wiedervereinigung beinhalten könnte. Doch bereits dieses erste Gesetz gegen Abspaltung birgt die Gefahr, zu einer Eskalation der Spannungen beizutragen, wie es auch der Kommentar des taiwanesischen Rats für Festlandsfragen verdeutlicht. Zumal das jüngst veröffentlichte Weißbuch zur Landesverteidigung im Rahmen der langfristigen Ziele und Aufgaben den Kampf gegen Separatismus und die Wahrung der nationalen Souveränität und territoriale Integrität an erster Stelle nennt (vgl. Übersicht in diesem Heft). Die landesweite Mobilisierung für die Aufgabe der Landesverteidigung spiegelt sich auch in der Aufforderung des Verteidigungsministers, Cao Gangchuan, an betroffene Gremien auf allen Verwaltungsebenen, darunter das Erziehungs- und das Propagandaministerium wider, die Schulung in Landesverteidigung weiter zu verbessern und den Geist des Patrio-

tismus zu fördern. Die Wahl von gesetzlichen Mitteln anstelle von Gewalt zur Erreichung des Ziels einer Wiedervereinigung lässt allerdings auf eine weiterhin gewaltfreie Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Festland und Taiwan hoffen. (XNA, 17., 23., 25., 26., 29.12., 3.1.04; DGB online, 18.12.04, nach BBC PF, 19., 20.12.04; SCMP, 18., 27.12.04; Zhongguo Xinwen She online, 18.12.04, nach BBC PF 23.12.04; MB online, 23.12.04, nach BBC PF, 26.12.04; NZZ, 30.12.04; St, 30.12.04; *Die Tageszeitung*, 31.12.04; Xinhua, 31.12.04, nach BBC PF, 4.1.04; RMRB, 26., 30.12.04) -kw-

## 11 Neue Rückschläge im Kampf für die Meinungs- und Pressefreiheit

Die vorübergehenden Inhaftierungen der drei prominenten Intellektuellen, Yu Jie, Liu Xiaobo und Zhang Zuhua am 13. Dezember, schürte die Angst vor einer weiteren Welle von Repressionen gegen Intellektuelle, Journalisten und Bürgerrechtler als Kritiker der chinesischen Zentralregierung. Alle drei hatten in diesem Jahr eine Petition unterschrieben, die die chinesische Zentralregierung aufforderte, Fehlverhalten bei der Niederschlagung der Studentenproteste 1989 einzuräumen. Die Verhaftungen signalisierten erneut, dass mit einer Lockerung im Umgang mit „Andersdenkenden“ unter der neuen parteistaatlichen Führung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao kaum zu rechnen ist.

Der 31-jährige Schriftsteller Yu Jie und der 48-jährige Literaturkritiker Liu Xiaobo veröffentlichten ihre politischen Kommentare nach der Ächtung ihrer Artikel in Printmedien hauptsächlich im Internet. Durch ihr Engagement für den internationalen Schriftstellerverband PEN, der sich für die Ausdrucksfreiheit in allen Medien einsetzt, und für die Gründung eines chinesischen PEN-Clubs sowie durch die staatlichen Bemühungen um eine stärkere Kontrolle des Internets rückten beide in das Blickfeld der chinesischen Sicherheitsorgane. Zusammen mit Zhang Zhuhua, dessen regierungskritische Aufsätze gänzlich in Übersee veröffentlicht wurden, wurden

alle drei am 13. Dezember ohne Angabe von Gründen für einen Tag für Befragungen verhaftet und verwarnt.

Laut einem Bericht der Hongkonger *Apple Daily* wandten sich zwei Familienmitglieder von Opfern der Niederschlagung der Studentenproteste 1989 als Reaktion auf diesen so genannten „roten Terror“ gegen Chinas Literaturkreise in einem offenen Brief an Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, und warfen der parteistaatlichen Führung vor, Chinas Intellektuelle mundtot machen zu wollen – und das nach 25 Jahren der Reform- und Öffnungspolitik. Offizielle chinesische Reaktionen blieben erwartungsgemäß aus. Die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen ernannte Liu Xiaobo unterdessen am 23. Dezember zum international führenden Verteidiger der Pressefreiheit im Jahr 2004. Nach seinem Einsatz für die Demokratiebewegung 1989 verbrachte er zwei Jahre im Gefängnis, wegen der Infragestellung der Rolle der KPCh wurde er 1996 zu drei Jahren im Umerziehungslager verurteilt.

Für den Monat Dezember lassen sich noch folgende weitere Beispiele für ein hartes Vorgehen gegen Regimekritiker und Bürgerrechtler anführen:

Die *Neue Wochenzeitung (Xin Zhou Bao)*, die in der zentralchinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei) herausgebracht wird, musste ihr Erscheinen nach nur siebenwöchiger Berichterstattung für drei Wochen einstellen, wobei eine endgültige Schließung nicht wahrscheinlich ist. In der Folge traten die beiden Chefredakteure zurück. Ferner trat der Chefredakteur der Beijinger *China Youth Daily (Zhong Qing Zai Xian)* zurück. Die Zeitung hatte in der Vergangenheit rigoros Korruptionsskandale aufgedeckt.

Ye Guozhu, ein prominenter Beijinger Bürgerrechtler, der im August d.J. bei Beijinger Behörden eine Genehmigung für eine Demonstration von 10.000 Menschen beantragt hatte und daraufhin verhaftet worden war, wurde im Dezember zu vier Jahren Haft verurteilt.

Auch Kritiker aus den eigenen Reihen bekamen das harte Vorgehen der parteistaatlichen Führung zu spüren. So gibt das Verschwinden von Huang Jin-

gao, dem Leiter der Finanzkommission in Fuzhou (Provinz Fujian) Rätsel auf. Im August hatte er in einem offenen Brief an die Parteizeitung *Renmin Ribao* angeprangert, dass er aufgrund seiner Nachforschungen zu örtlichen Korruptionsfällen jahrelang Drohbriefe erhalten hatte. In ihrer Reaktion auf seinen Brief hatte die parteistaatliche Führung ein ambivalentes Verhalten gezeigt. Während sie zunächst den Mut des Korruptionskämpfers glorifiziert hatte, verhängte sie nach dem Bestreiten solcher Vorgänge durch die Fuzhouer Führung in der Folge eine Nachrichtensperre zu diesem Thema. Ein solches Vorgehen war von Beobachtern als verzögerte Vertuschungsaktion gewertet worden (vgl. C.a., 2004/8, Ü 8). Am 18. Dezember berichtete nun Hongkonger Medien vom plötzlichen Verschwinden von Huang Jingao und dessen Ehefrau aus einem Hotel in seiner Heimat in Fuzhou. Von seinem Verbleib ist bislang nichts bekannt.

Darüber hinaus wurde ebenfalls in der Provinz Fujian der Journalist Li Boguang, welcher sich in seiner Berichterstattung verstärkt für die arme ländliche Bevölkerung einsetzte, am 20. Dezember aufgrund einer angeblich strafbaren Handlung festgenommen. Mit seiner Freilassung ist nach Medienberichten nicht vor Mitte/Ende Januar zu rechnen. Es steht zu vermuten, dass er sich wegen seines Engagements für Bauern in Fu'an, die lokale Kader der Korruption bei der illegalen Landnutzung bezichtigten, schuldig gemacht hatte. In seinem im Oktober im Internet veröffentlichten Artikel hatte er angekündigt, trotz Drohungen gegen ihn und seinen Kollegen Zhao Yan seitens der Fu'aner Polizei, zurückkehren zu wollen und an ihrem Plan, zusammen mit den Fu'aner Bauern eine entsprechende Petition an die Zentralregierung zu verfassen, festhalten zu wollen. Die Verbindung Lis mit Zhao Yan könnte ebenfalls dazu beigetragen haben, dass er in den Blickpunkt der Sicherheitsorgane rückte, denn Zhao Yan war im September aufgrund seiner kritischen Berichterstattung für die *New York Times* verhaftet worden. Als Anlass diente der Vorwurf, Staatsgeheimnisse an Ausländer weitergegeben zu haben – in diesem Fall wurde er für die frühzeitige Bekanntgabe von Jiang Zemins Rücktritt

als Vorsitzender der Militärkommission verantwortlich gemacht (vgl. C.a., 2004/9, Ü 10).

Am 21. Dezember verhaftete die Beijinger Polizei den Chefredakteur der Monatszeitschrift *China Reform (Zhongguo Gaige)*. Chen Min, auch bekannt unter dem Pseudonym Xiao Shu, schrieb regierungskritische politische Artikel für dieselbe Zeitschrift, für die auch Zhao Yan (s.o.) vor seinem Wechsel zur *New York Times* tätig gewesen war. In einem seiner Artikel hatte Chen beispielsweise das mangelhafte Engagement für die Opfer eines Giftgasunglücks in der südwestchinesischen Stadt Chongqing im Dezember 2003, bei der 243 Menschen gestorben waren, kritisiert (vgl. C.a., 2003/12, Ü 12). Chen Min wurde einen Tag nach seiner Verhaftung und nach Beendigung seiner Befragung wieder freigelassen.

Nach Berichten der US-amerikanischen Organisation China Labour Watch wurde am 24. Dezember auch der Schriftsteller und Menschenrechtsaktivist Yang Tianshui des Nachts von der Polizei aus seiner Wohnung in der ostchinesischen Stadt Hangzhou (Provinz Zhejiang) verschleppt. Über seine mögliche Freilassung oder seinen Verbleib liegen unterschiedliche Angaben vor. Yang war 10 Jahre lang inhaftiert, weil er die chinesische Zentralregierung für das Tiananmen-Massaker kritisiert hatte. Nach seiner Freilassung setzte er sich für die Not leidenden Wanderarbeiter ein. Zuletzt wurde er im Mai 2004 wegen seiner Artikel anlässlich des 15. Jahrestages der Studentenbewegung für 15 Tage in Polizeigewahrsam genommen.

Beobachter führen die verstärkte Medienkontrolle darauf zurück, dass Staats- und Parteichef Hu Jintao nach der Übernahme des Vorsitzes der Militärkommission von Jiang Zemin im September Unruhen im Land befürchtet und daher seine Machtposition untermauern möchte. Die vielerorts aufkeimenden lokal begrenzten sozialen Unruhen im Oktober und November dürften ebenfalls zur erhöhten Alarmbereitschaft der Sicherheitsorgane beigetragen haben (vgl. 2004/10, Ü 12; 2004/11, Ü 11). Es steht zu vermuten, dass eine organisierte flächendeckende Protestbewegung durch das harte Vorgehen gegen regierungs-

kritische Intellektuelle, Journalisten und Bürgerrechtler verhindert werden soll. Für eine Fortführung einer derartigen Medien- und sozialen Kontrolle ist zumindest bis zur jährlichen Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2005 zu rechnen. Die Diversität und internationale Vernetzung der chinesischen Presselandschaft erschwert jedoch ein solch rigoroses Vorgehen gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie in der Vergangenheit an der Tagesordnung war. (BBC News Asia-Pacific online, 14.12.04; SCMP, 14., 17.12.04, nach BBC PF, 15., 18.12.04; SCMP, 14., 15., 20., 22., 23.12.04; FAZ, 14.12.04; *Pin Kuo Jih Pao*, 15.12.04, nach BBC PF, 17., 18.12.04; ST, 15., 18., 30.12.04; Reporters without Borders, [http://rsf.org/print.php?id\\_article=12082](http://rsf.org/print.php?id_article=12082); RTHK, Radio 3, 18.12.04, nach BBC PF, 19.12.04; IHT, 15.12.04; WSJ, 17., 18.12.04; Kyodo News Service, 21.12.04, nach BBC PF, 22.12.04)

-kw-

## 12 Neue Bestimmungen zu Religionsangelegenheiten

Die Volkszeitung *Renmin Ribao* veröffentlichte am 19. Dezember neben einem zugehörigen Leitartikel die neuen Bestimmungen zu Religionsangelegenheiten (*Zongjiao shiwu tiaoli*). Diese waren bereits am 30. November vom Informationsbüro des Staatsrates vorgelegt worden und werden am 1. März 2005 in Kraft treten. In den neuen Bestimmungen wird die Religionsfreiheit zwar erstmals gesetzlich als grundlegendes Menschenrecht geschützt, die parteistaatliche Führung bestätigte jedoch ihr Hoheitsrecht über die administrative Kontrolle über registrierte religiöse Gruppen in der VR ein weiteres Mal.

In der sechsjährigen Entstehungszeit seien die Ansichten von Rechtsgelehrten sowie Fachleuten aus den Gebieten Religion und Menschenrechte miteinbezogen worden, so der Bericht der staatlichen Medien. Ziel der neuen Bestimmungen sei es weiterhin, auf die neue Situation und die Fragestellungen einzugehen, die durch die rasante sozioökonomische Entwicklung der letzten Jahre entstanden seien.

Die Bestimmungen decken erstmals alle religionsbezogenen Bereiche ab.

Das Regelwerk besteht aus 48 Artikeln und sieben Kapiteln und befasst sich mit religiösen Organisationen, religiösen Aktivitäten, religiösem Lehr- und Verwaltungspersonal, religiösem Eigentum und rechtlichen Verpflichtungen. Die neue Regelung ersetzt damit die Bestimmungen zur Leitung von Institutionen für religiöse Aktivitäten (*Zongjiao huodong changsuo guanli tiaoli*) von 1994. Die Bestimmungen zu religiösen Aktivitäten von in der Volksrepublik China lebenden Ausländern (*Zhongguo renmin gongheguo jingnei waiguoren zongjiao juodong guanli guiding*), ebenfalls von 1994, bleiben indes rechtsgültig.

Ohne eine Definition für den „religiösen Glauben“ vorzulegen, sichern die Bestimmungen den Schutz der Religionsfreiheit bereits in der Präambel zu, indem sie vorschreiben, dass kein Individuum und keine Organisation zur Religionsausübung gezwungen oder daran gehindert werden darf oder ein Bürger mit oder ohne Religionszugehörigkeit Diskriminierung erfahren darf.

Seit der Konferenz zur Religionsarbeit im Jahr 2001 war mit einer revidierten Fassung der Bestimmungen zu religiösen Angelegenheiten von 1994 gerechnet worden, denn bereits während der „Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit“ im Dezember 2001 hatte der damalige Staatspräsident und KP-Generalsekretär Jiang Zemin die vollständige und korrekte Umsetzung der Politik der Religionsfreiheit gefordert und sie als einen grundlegenden Bestandteil der Parteipolitik bezeichnet. Die Ahndung religiöser Aktivitäten, die sich nicht im Rahmen verfassungsgemäßer Legalität bewegten, und die Kontrollgewalt des Staates über die Religion war zu dieser Gelegenheit ebenso klar betont worden (vgl. C.a., 2001/12, Ü 12).

Die neuen Bestimmungen zu religiösen Angelegenheiten stellen somit keine Neuerung dar, sondern geben vielmehr sowohl dem Schutz der Religionsfreiheit als auch der staatlichen Kontrolle der Religion eine gesetzliche Legitimation. Diejenigen Religionsgruppen, die nach staatlichen Vorgaben als illegal eingestuft werden, so z.B. die Falungong-Bewegung oder die katholische Untergrundkirche, dürften daher auch weiterhin nicht mit einer

Lockerung der Repressalien rechnen können. So heißt es in Artikel 3 der Bestimmungen, dass keine Organisation und kein Individuum die Religion für Aktivitäten nutzen dürfe, welche die soziale Ordnung gefährde, die Gesundheit der Bürger beeinträchtige, das nationale Ausbildungssystem behindere und nationale, soziale und öffentliche Interessen sowie Bürgerrechten oder -interessen schade. Das Festhalten am rigorosen Vorgehen gegen illegale religiöse Gruppierungen verdeutlichte sich erst jüngst wieder, als am 26. Dezember ein Weihnachtsgottesdienst von ca. 2.000 Christen der katholischen Untergrundkirche in Ostchina von bewaffneten Polizisten mit Gewalt beendet und der Pfarrer verhaftet wurde.

Wie Feng Jinyuan, Forscher an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und beteiligt an der Formulierung der neuen Bestimmungen, hervorhob, ist das Fehlen einer genauen Definition von religiösem Glauben als Indiz für die immer noch besonders hohe Sensibilität des Themas Religion zu werten. Für das staatliche Vorgehen gegen religiöse Gruppen, durch die die parteistaatliche Führung insbesondere ihre Machtposition in Gefahr gebracht sieht, besteht damit auch zukünftig genug Spielraum. Die Tatsache, dass die neuen Bestimmungen zu religiösen Angelegenheiten erstmals auf das Problem des Machtmissbrauchs staatlicher Behörden im Umgang mit religiösen Gruppen und die daraus resultierenden disziplinarischen Konsequenzen eingeht, ist allerdings als eine deutliche Verbesserung einzuschätzen. (RMRB, 19.12.04; XNA, 18., 22.12.04; Xinhua, 18.12.04, nach BBC PF, 22.12.04; SCMP, 20.12.04; IHT, 20.12.04; ST, 20.12.04; WSJ, 26.12.04) -kw-

## 13 Zhao Ziyangs kritische Bewertung der Vorgeschichte des Tiananmen-Massakers veröffentlicht

Anfang Dezember kursierten in der Hongkonger und internationalen Presse vereinzelt Artikel über ein Interview mit dem seit 1989 unter Hausarrest stehenden früheren Parteigeneralsekretär Zhao Ziyang. Darin äußerte sich dieser erstmals kritisch über

die Vorgänge im Vorfeld der Niederschlagung der Studentenproteste am 3./4. Juni 1989, indem er vor allem Machtintrigen im Politbüro der KPCh für das Eskalieren der friedlichen Studentenproteste verantwortlich macht.

Die Berichterstattung stützte sich dabei auf ein am 28. November 2004 vorab veröffentlichtes Gesprächsprotokoll zwischen Zhao Ziyang und dem Journalisten Yang Jisheng in der Online-Ausgabe der Hongkonger Zeitschrift *Ming Bao* vom 4. Dezember. Während Zhao im ersten Teil des Protokolls auf die Hintergründe der Entscheidungsfindung im Vorfeld der Niederschlagung der Proteste eingeht, beschäftigt sich der zweite Teil mit Zhaos möglicher Rolle bei der Absetzung Hu Yaobangs, dem Vorgänger Zhaos als Parteigeneralsekretär. Nach Hus Tod hatte sich am 12. April 1989 die Studentenbewegung formiert.

Nach Darstellung der *Ming Bao* wurde das Gespräch von einem alten Freund Zhao Ziyangs, dem chinesischen Journalisten Yang Jisheng von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, am 16. Dezember 1995 in Zhaos Haus in Beijing geführt. Mit der späten Veröffentlichung des Interviews kam Yang der Bitte seines Gesprächspartners nach, den Inhalt nicht mehr im letzten Jahrtausend publik zu machen. Zhao Ziyang war aufgrund seiner Solidarität mit den Demonstranten im Mai 1989 und seinem Einsatz für beschleunigte Reformen seines Amtes enthoben worden und steht seither in seiner Wohnung in Beijing unter Hausarrest. Bis zur Veröffentlichung der Tiananmen-Akte im Januar 2001 in den USA, welche den Entscheidungsprozess auf höchster Partei- und Regierungsebene im Kontext der Ereignisse im Frühjahr 1989 nachzeichnet (vgl. C.a., 2001/1, Ü 11, 2001/3, Ü 14), war es dem früheren Parteivorsitzenden noch gestattet, hin und wieder Besuch zu empfangen. Selbst seinen 85. Geburtstag im Oktober d.J. musste Zhao unter Ausschluss der Öffentlichkeit verleben. Medienberichten zufolge wurde Freunden und Verwandten der Zutritt zu seinem bewachten Haus verwehrt.

Gemäß des jüngst veröffentlichten Gesprächsprotokolls sah sich Zhao Ziyang aufgrund seiner Toleranz gegenüber den demonstrierenden Stu-

denten den Intrigen durch die damaligen Parteiführer Li Peng (damaliger Ministerpräsident), Li Ximing (damaliger Parteichef der Stadt Beijing) und Chen Xitong (damaliger Bürgermeister der Stadt Beijing, 1995 wegen Korruption von Jiang Zemin entmachtet) ausgesetzt. Während Zhaos Einschätzung der Studentenproteste als eher harmlos und nach seinem Empfinden bereits im Auflösen begriffen zunächst vom Politbüro gebilligt worden sei, habe sich diese Situation schlagartig nach Zhaos Abreise nach Nordkorea am 23. April 1989 geändert. Während Zhaos Abwesenheit sei im Politbüro unter der Leitung von Li Peng ein Situationsbericht des Beijinger Parteikomitees vorgelegt worden, der die Ereignisse weitaus dramatischer darstellte und ein hartes Vorgehen gegen die Studentenbewegung forderte. Deng Xiaoping habe von dieser neuen Einschätzung überzeugt werden können, sodass auf dieser Grundlage am 26. April der Leitartikel in der *Renmin Ribao* veröffentlicht werden konnte, der den Wendepunkt in der Beurteilung und dem Vorgehen gegen die Studentenproteste markierte. Dieser bewertete die Studentenbewegung als parteifeindlich und antisozialistisch (*fan dang, fan shehui zhuyi*) und unterstellte ihr, geplant und zielgerichtet zu agieren, was nach den Worten von Zhao maßgeblich zum Wiederaufflammen der Studentenproteste und zur Unterstützung durch die Intellektuellen geführt habe. Die erhoffte Niederschlagung der Bewegung mit Hilfe ihrer Stigmatisierung sei damit völlig fehlgeschlagen.

Eine führende Rolle bei der Absetzung seines Amtsvorgängers Hu Yaobang wies Zhao im zweiten Teil des Interviews entschieden zurück. Er habe auf seine Nachfolge als Parteigeneralsekretär zunächst verzichten wollen, sei von Hu Yaobang aber dann dazu überredet worden.

Die Tatsache, dass das Gesprächsprotokoll nur für kurze Zeit auf einer Hongkonger Internetseite zu lesen war und demzufolge auch nur einzelne internationale Medien davon berichteten, weist auf die nach wie vor große Sensibilität dieses Themas hin. Selbst Zhao als betroffener „Geächteter“ der parteistaatlichen Führung trug mit seiner Bitte um eine sehr viel spätere Veröffentlichung der Brisanz der

Thematik Rechnung. Erwartungsgemäß verzichteten sowohl die heutige Regierung als auch die noch lebenden Beteiligten auf eine Stellungnahme.

Zhaos Schilderung reiht sich an weitere Publikationen oder Stellungnahmen an, die im Laufe des Jahres 2004, in dem sich die Niederschlagung zum 15. Mal jährte, bekannt wurden.

So rief im März der pensionierte Militärarzt Jian Yanyong die parteistaatliche Führung zur Neubewertung der damaligen Ereignisse und zur Korrektur des „Fehlers, der am 4. Juni begangen wurde“, auf (vgl. C.a., 2004/3, Ü 7). In der Folge wurde Jian für einhalb Monate inhaftiert und steht seitdem unter Polizeikontrolle. Im Juli veröffentlichte der damalige Ministerpräsident Li Peng im Partejournal *Qiushi* einen Gedenkartikel anlässlich des 100. Geburtstages Deng Xiaopings, in dem er diesem die Hauptverantwortung für das Tiananmen-Massaker zuwies (vgl. C.a., 2004/8, Ü 6). Im Gegensatz dazu deuten die jüngst veröffentlichten Aussagen Zhaos auch auf die besondere Verantwortung Li Pengs für die Verschärfung der Situation und die Radikalisierung des Vorgehens durch die chinesische Regierung.

Da eine öffentliche Diskussion über die Ereignisse am 4. Juni 1989 in China bisher weiterhin unterbunden wird, können auch Zhaos Aussagen zur Vorgeschichte des Massakers nur bedingt zur Aufklärung beitragen. Mit Spannung wird daher das Buch *Die politischen Machtkämpfe in China während der Reformära (Zhongguo gaige niandai de zhengzhi douzheng)* des Journalisten Yang Jisheng, dem Interviewpartner Zhao Ziyangs, erwartet. Dies soll demnächst bei einem Hongkonger Verlag veröffentlicht werden. Es wird spekuliert, dass darin weitere Einzelheiten zum Tiananmen-Massaker beschrieben sind. (Das Original des Gesprächsprotokolls ist zu lesen unter <http://www.observechina.com/info/da.asp?ID=33284&ad=11/28/2004>, eine englische Übersetzung des Gesprächsprotokolls findet sich unter MB website, 28.11.04, nach BBC PF, 9.12.04, eine deutsche Übersetzung unter <http://www.xiucai.oai.de/XiuCai/XiuCaiNo50.pdf>; FAZ, 9.12.04; ST, 18.10., 5.12.04; *The China Post*, 5.12.04) -kw-